

Hungerstreik in Nuerbach

Am 14. November sind die Genossen im Untersuchungsgefängnis Nuerbach i. B. erneut in den Hungerstreik getreten, nachdem sie bereits vom 28. August bis 3. September einen sechs-tägigen Hungerstreik gegen die Umwandlung der Gefängnisstrafe in Zwangsarbeit durchgeföhrt hatten.

In Nuerbach hat man am 8. November ebenfalls mit der Durchführung dieser Maßnahmen begonnen und jetzt halten sich die Genossen von Nuerbach erneut in die einheitliche Front mit den Genossen in den anderen Gefängnissen in Deutschland zur Abwehr des barbarischen und mittelalterlichen Straf-vollzuges, der durch die faschistische Propaganda und deren Helfer beschönigt worden ist.

Die Gefängnisgefangenen appellieren an die gesamte welt-liche Bevölkerung, in allen Betrieben und Versammlungen einen Protestmarsch zu veranstalten für die Beilegung des schänd-lichen Zwangsarbeitsstreiks und für den Kampf um die Befreiung der über 2000 politischen proletarischen Gefangenen.

In der Zeitung Nuerbach ist den Gefängnisgefangenen jede Möglichkeit einer Bewegung im Freien genommen. Man be-zieht das Einsperren in den Gefängnis-Hof als „Ehrlösungs-anerkenntnis im Freien“. Vor einigen Wochen hat man einen Gefängnisgefangenen von Nuerbach wegen einer Erkrankung an-gewidelt in das Bismarck-Haus nach Barmen übergeführt. Der Betreffende wurde aber nicht in das Bismarck-Haus eingeliefert, sondern in eine Einzelzelle gesperrt und sogar die Koch-Wärme ihm geschmälert, so daß nicht eine Heilung, sondern eine Verschlimmerung seiner Krankheit die Folge dieses barbarischen Strafvollzuges im „Fried-haus“ Barmen, der Propaganda-Schicks und des Justizministers Hansfeld ist.

Die zwölf zur Zeit in Nuerbach befindlichen Gefängnis-gefangenen haben folgendes Protestschreiben an das Justiz-ministerium gerichtet:

„Wir unterzeichneten Gefängnisgefangenen protestieren erneut gegen die Haftverschärfungen, die man gegen uns seit dem 13. August 1932 durchgeföhrt hat. Wir erklären, daß wir gegen die Umwandlung der Gefängnisstrafe in Zwangsarbeit und in Solidarität mit den anderen Gefängnisgefangenen erneut in den Hungerstreik treten und die sofortige Aufhebung der Maß-nahmen der faschistischen Regierung fordern.“

Sammitnüssel gegen Fellened-angeflagte

Berlin. Im Fellened-Großprotest protestierten heute die ange-lagten Arbeiter gegen ihre Behandlung. Darunter griff die Polizei mit Sammitnüsseln ein. Als Antwort darauf hat die ange-lagte Arbeiter in den Hungerstreik getreten.

Ebenso traten in Wobitz 20 proletarische politische Ge-fangene in den Hungerstreik. In den anderen Gefängnissen geht der Hungerstreik weiter.

Erfolg des Hungerstreiks in Bielefeld

In Bielefeld ist der Hungerstreik der proletarischen Gefängnis-gefangenen beendet. Die Gefangenen haben durchgesetzt, daß sie jetzt anstatt im engen Gefängnis-Hof zwei Stunden täglich auf einem außerhalb der Anstalt gelegenen Platz Sport treiben dür-fen. Ferner werden die Gefangenen während der Einzelhaft in einem Raum gemeinsam eingeschlossen. Was die dritte Forderung betrifft, daß sie zwei-mal wöchentlich täglich eine Stunde Freizeitsport bekommen, wurde von der Gefängnisver-waltung ein weitestgehendes Entgegenkommen gegenüber dieser Forderung zugesprochen. Darauf wurde der Hungerstreik beendet.

Es ist Aufgabe der Arbeitermassen, die restlose Durchföh-rung der Forderungen der proletarischen Gefängnisgefangenen und die Freilassung aller politischen Gefangenen zu erzwingen.

Nimmt in allen Betrieben und Versammlungen gegen die unerhörte faschistische Verschärfung des Strafvollzuges Stellung. Rückt den Tag der Befreiung aller proletarischen politischen Ge-fangenen näher, indem ihr in allen Betrieben, an allen Stempel-stellen den Kampf gegen die faschistische Diktatur, für den revo-lutionären Kampf aus der Krise verkörpert!

Amtesenthebung des Genossen Dettinghaus

als Kreisvorsitzungsmitglied von Wunsberg

Der sozialdemokratische Regierungspräsident König von Wunsberg hat den Genossen Dettinghaus als Kreisvorsitzungs-mitglied abgelöst weil Genosse Dettinghaus in öffentlicher Ver-sammlung die Pläne der Propagierung und die neue Finanz-orde-nung des Reichskommissars Brandt für die preußischen Ge-meinden in ihren Auswirkungen auf die Unterhaltungsstufe auf-gezeigt und auf den drohenden Unterhaltungsabbau hingewiesen hat. Die Suspendierung von seinem Amt als Kreisvorsitzungs-mitglied erfolgte, weil Dettinghaus die „Vertraulichkeit“ der Kreis-ausschussberatungen über die Herabsetzung der Wohlfahrtsätze im Interesse der Wohlfahrtsunterstützungsempfänger nicht be-wahrte.

Was unser Genosse Dettinghaus tat, war keine selbstver-räundliche proletarische Pflicht gegenüber den hungern den Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfängern.

Die Antwort der Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger wird sein: Zusammenschluß in der roten Einheitsfront Wahl von Einheitsauswahlen zur Durchföh-rung ihrer Forderungen.

Die Bourgeoische-Presse ist entleert

Berichterstattung der Schweizer Soldaten mit der Arbeiterschaft

Über die Sozialdemokratie in Genf berichtet der Ber-liner „Montag-Morgen“:

„Als bei der Fahnenübergabe (am letzten Sonnabend) im Palais des Epoux der Hauptkommandant Oberst Vedetzer eine Ansprache hielt, rief ein Mann aus der Truppe: „St. Ger-t“ Er wurde sofort betäubt und der Militäruntersuchungs-

bahnde unterstellt. Ein zweiter Soldatentrupp ist ebenfalls fest gefesselt. Einige Soldaten der im Palais des Epoux stationierten Truppen sind mit vorübergehenden Kommunisten in Unterhaltung getreten. Sie wurden gleichfalls der Militäruntersuchungsbehörde zugewiesen.“

Die gefesselten Soldaten bei der Truppe leisten haben zu man-cherlei Kombinationen geführt. So heißt es, die gefesselten Soldaten erzielte Dingenahme der waffenlosen Soldaten habe sich be-hauptet als notwendig erwiesen, weil verschiedene Angelegenheiten darunter seien.

„Man hat im Gefängnis nicht unbedingt auf die Schweizer Truppen hätte verlassen können... Es heißt aber, daß auch Teile der Schweizer Truppen zeitweilig in bedrohlicher Weise von den Fronten ihrer Kameraden aus mit der Menge zu fraternisieren begannen. Viele von ihnen sollen sich an dem Gefangenen der Internationalen be-teiligt haben.“

Die „Welt am Montag“ meldet aus Genf:

„Die Schweizer Truppen haben ihren Unwillen gegen die Haltung der Offiziere durch den Gehörgang der Internationalen deut-lich zu erkennen gegeben. Bei der Fahnenübergabe an die mobilisierten Truppen wurde dem Hauptkommandanten Oberst Vedetzer aus den Reihen der Soldaten „Rüder“ unterhalb der Soldat wurde verhaftet und dem Militärgericht übergeben.“

Schließlich wurden die Schweizer Truppenteile aus der Stadt zurückgezogen und in abseits gelegenen Schulen untergebracht.“

Massendemonstration bei der Beerdigung des Genossen Färst

Genf, 13. November.

Die Kommunistische Partei und die KSO hatten insbeson-dere zu Massendemonstrationen bei der Beerdigung des Ber-liner Genossen Färst, des Genossen Färst, aufgerufen. Über 4000 Arbeiter versammelten sich Sonnabend vor seiner Wohn-stätte. Die Genossen Humbert-Droz und Scherer hielten Ansprachen. Als der gewaltige Leichenzug sich in Bewegung setzte, wurde eine leichte Wachregimentkompanie ihm entgegen-gestellt. Dieser ungeheuerlichen Provokation wichen die Massen vorübergehend.

So kam aber zu einer neuen Entflammung der Massen und so begleiteten Tausende von Arbeitern den toten Genossen zum Friedhof. Die Empörung unter der Arbeiterschaft Genfs hält an.

Nazi-Überfälle in Chemnitz-Altenhof

Am Wahlsonntag wurden um 9 Uhr drei Arbeiter in Chem-nitz-Altenhof von Nazis überfallen. Ein der „Wiesenburg“ wurde die Arbeiter Paul Müller und Herbert Richter von 30 bis 50 Nazis niedergeschlagen. Müller wurde mit Überbrötchen zum Arzt gebracht.

Völkerbundarmee gegen Sowjetunion

Der französische Ministerpräsident Herrriot hat gestern seinen „Reformplan“ bekanntgegeben. Es stellt sich heraus, daß die Pläne neben der Aufstellung von fünf aus-gebildeten Truppen (Miliz) oder allgemeine Dienstleistungen als Hauptpunkt die Heranbildung langjährig ausgebildeter besondere Truppenformationen vorziehen, die mit allen Waffen, auch den schwersten ausgerüstet sein sollen. Diese besonderen Truppenformationen sollen zusammen eine Völ-kerbundsarmee darstellen.

Wenn ein Staat zum „Angreifer“ getempelt wird, sollen die be-sonderen Truppenformationen verpflichtet sein, sofort gemein-sam gegen diesen Staat vorzugehen. Wer zum „Angreifer“ ge-tempelt wird, das soll der Völkerbundrat entscheiden.

Währendem aber bisher im Völkerbundrat ein einstimmiger Beschluß notwendig war, soll jetzt die Entscheidung dar-über wer zum „Angreifer“ getempelt wird, im Völkerbundrat schon mit Stimmenmehrheit festgestellt werden. Damit hätte die französische Regierung mit den von ihr abhängigen Ländern je-derzeit die Entscheidung in der Hand. Es ist klar, daß dieser Plan Herrriots nichts anderes ist, als die Reanula-gierung des Tardieu-Planes auf Schaffung einer Völkerbunds-armee.

Es ist klar ersichtlich, daß diese Völkerbundarmee gegen die Sowjetunion gerichtet sein soll. Herrriot erstrebt eine schlagträf-

Pflichtarbeiterstreik in Dippoldiswalde

Dippoldiswalde, den 13. November 1932

Werkern haben die Pflichtarbeiter in Dippoldiswalde ge-schlossen die Arbeit niederzulegen. Die Erwerbslosen stellen Pro-letarische Fronten. Der Kampf wird um die Befreiung tarifmäßiger Löhne geführt.

Auf Beschluß des reaktionären Stadtrates sollen die Wohl-fahrtsarbeiter für 15 Pfennig pro Stunde, die neben der Unterstützung gezahlt wird, Straßenarbeiten ausführen. Als-laden am vergangenen Donnerstag ein Erwerbsloser diese Stel-lenarbeit ablehnte, wurde ihm die Unterstützung entzogen. Der Arbeitstische erklärte darauf, daß er sich dann die Lebensmittel dort holen müsse, wo sie sind. Er führte das auch aus und im Rathaus herrschte darüber große Bestürzung. Jetzt wird ihm die Unterstützung wieder gezahlt.

Die kommunistische Stadtratsfraktion unterstützt den Pflichtarbeiterstreik. Sie brachte folgenden Antrag ein:

„Die Pflichtarbeit ist sofort einzustellen. Alle öffentlichen Wer-keiten müssen tariflich bezahlt werden.“

Dem Beispiel der Erwerbslosen von Dippoldiswalde müs-sen sich alle Erwerbslosen, der Orte, in denen auch Pflichtarbeit verlangt wird, anschließen. Nur in geschlossener roter Einheits-front ist es möglich, derartige faschistische Maßnahmen abzuwehren

Der Vormarsch des Bolschewismus

So schreibt die Berliner Volkszeitung vom Montag über das Ergebnis der Kommunalwahl in Gießen und erklärt, daß überall ein ganz bedrohliches Aussehen der Kommunisten zu bemerken ist, das über die Besätze der SPD in der Stadt Gemeindevorstände ist der weitere Regress der faschistischen Front in immer härterem Maße die Betriebsarbeiter und die Erwerbslosen zum Kampf um ihre Existenz, zum Kampf gegen Faschistenbestrebungen und faschistische Diktatur mobilisieren.

Die sozialfaschistische Presse muß einheitlich zugeben, daß die Kommunisten die einzigen Sieger des Wahlkampfes sind, wenn es ihr auch schwer fällt. Die Dresdner Volkszeitung ist voll-grenn, davon zu sprechen, daß „da und dort“ die Kommunisten gewonnen haben. Daß die SPD auf Grund dieser neuen Ver-luste bei den Gemeindevorständen zu neuen demagogischen Manövern im Betrug der Arbeiterklasse greifen wird, kündigt die Dresdner Volkszeitung an, indem sie schreibt: „Auch diese Gemeindevor-stände müssen für unsere Partei ein Kampf sein, ihre Existenz und Existenz zu überprüfen.“ Die Arbeiterschaft muß wachsam sein und von vornherein diese neuen demagogischen Manöver vor der Arbeiterschaft entlarven und geschlagen. Die sozial-faschistische Presse spricht einheitlich von „marxistischen Ver-suchen“, daß das „marxistische Lager“ sich nicht nur ortsfest gehalten, sondern noch gewonnen habe. Im gleichen Sinne aber wird die nächste Seite gegen die kommunistische Partei gemacht.

Die Nazis reden im „Freiheitskampf“ von einem „Rechts-Wahltagsgewinn der Nationalsozialisten“, mühen aber ebenfall den Vormarsch der einzigen Arbeiterpartei — der KPD — zu verhindern. In ihrem Kassenjammern trotzen sie sich damit, daß die „Rechts“ keine Interessententlastung gewählt habe. Die Nazis be-schreiben werden sie die Wertigkeiten nicht über ihre Politik als Arbeitermörder, der faschistischen Anordnung und der Liquidation der faschistischen Propagandaorganisation hinneigenden Partei. Jetzt heißt es für die revolutionäre Arbeiterschaft alle Kräfte anspannen, um die Qualität, die die Nazis erhalten haben, noch zu vergrößern. In der Organisation des Kampfes in den Betrieben und an den Stempelstellen werden wir die proletari-schen Anhänger der Nazis von dieser Partei des blutigen Rechts-mus loslösen, durch die Verfestigung des ideologischen Kampfes gegen die Tributpflichtigen Nazis der Nazipartei für den Kampf in der revolutionären Klassenfront.

Wenn die Germania schreibt, daß man im Industrieschichten eine solche Wendung zur Radikalisierung der Arbeiter-schaften müßte, und daß das ein höchst beachtliches Zeichen für die Regierenden“ ist, so sagen wir der Arbeiterschaft: „Nur erit recht verhält den Kampf gegen das faschistische Regime, nämlich in den Betrieben und an den Stempelstellen die rote Einheitsfront zum Kampf für den revolutionären Kampf, für den Sozialismus.“

Kommunistischer Wahlsieg im Saargebiet

Genf, 14. November. Gestern fanden im Saargebiet die Kommunal- und Kreiswahlgänge statt. In Saarbrücken wo das Reichstagsmitglied der KPD einen Wahl-sieg errang. Die SPD hat wieder schwere Verluste zu verzeichnen. In Saarbrücken ist das Reichstagsmitglied (Vergleichsziffern 1928/32) Biltens der letzten Kommunalwahlen am 17. 11. 1929/31:

Kommunistische Partei	18367	(6843)
Sozialdemokraten	6371	(5777)
N.S.D.A.P.	8960	(11081)
Deutschnationale	1892	(2449)
Christlich-sozialistische Partei	4898	(5252)
Deutsches Volksgemeinschaft	4979	(5176)
Zentrum	13738	(13832)

Er ist also mit den Aufstellungsplänen einverstanden, die die Spitze gegen die Sowjetunion gerichtet ist. Die faschistischen Arbeiter müssen sich um so mehr anstrengen, mit allen Kräf-ten gegen die Sowjetunion vorzugehen und mit uns die Ein-heit der Sowjetunion bereit stehen.

Neue Streiks gegen Unter-nehmerangriffe

In Wuppertal-Barmen streikten die Handwerker des Stadt-verlages gegen die Entlassung von zwei Kollegen und für die-tige Auszahlung des bis jetzt salomonisch gezahlten Lohnes. In einigen Stunden wurde die Druckerei geschlossen.

In Wuppertal-Barmen streikten die ganz Belegschaft der Ge-bel- und Gummiwerke AG gegen einen Sprengstoff-Vorfall, der geschlossen in den Streik. Die Belegschaft wählte aus der Mitte eine Streikleitung und stellte Protesttreiberposten auf.

In dem Bismarck-Haus betriebl. Streikleitung hat die Arbeiter-schaft in den Streik, weil der Unternehmer sich weigerte, die verzinnten Löhne zu zahlen.

In Coswig bei Dessau streikten gestern Montag die Arbeiter der Firma Hamburger und Ruch gegen den bevorstehenden Streik abben in den Streik getreten.

Massendemonstration Zwickauer Erwerbsloser

Zwickau, 13. November 1932

Am Sonnabend bildeten sich vor dem Wahltagsgewinn mit dem Hauptzweck wie auch in den Reihen der großen Massen-anstellungen von Erwerbslosen, die für ihre Existenzver-berungen demonstrieren. Die demonstrierenden Arbeitstische er-mächtigte sich angesichts der Empörung als die Polizei gegen sie eingeleitet wurde, die schärfste Gegenwehr gegen die Demonstrationen an-ging und auch mehrere Verhaftungen vornahm.

Jedem Antifaschisten seine Waffe,

die „Arbeiterstimme“, denn ein Antifaschist ohne „Arbeiterstimme“ ist wie ein Soldat ohne Gewehr!

20 000 „Arbeiterstimmen“ mehr als sonst

wurden gestern verkauft. Das darf kein einmaliger Erfolg bleiben! Jedes Parteimitglied, jedes Mitglied einer revolutionären Massenorganisation muß nicht nur Leser, sondern Werber für die „Arbeiterstimme“ sein. Deshalb:

Verstärkt den roten Pressefeldzug!